

Liebe Attacies,

anbei der Entwurf für die Überarbeitung unserer Attac-Erklärung von 2006, zu finden unter http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Attac_Erklaerung.pdf

Seitdem hat sich viel verändert, so dass eine Überarbeitung überfällig ist. Der Kokreis hat daher diesen Entwurf erarbeitet. Er soll Eingang finden in die Diskussion „20 Jahre Globalisierungskritik – Wie weiter?“ auf der Ratsklausur am 23./24.6.2018, anschließend breiter in Attac diskutiert und – wenn möglich – auf dem Herbstratschlag 2018 verabschiedet werden.

Wir sind uns darüber bewusst, dass der Text sprachlich noch vereinfacht werden sollte. Dies soll aber nach der inhaltlichen Diskussion geschehen.

Entwurf Attac-Erklärung 2018 / vorgelegt am 30.5. 2018 durch Kokreis

„Eine andere Welt ist möglich! Gutes Leben für Alle“

Die Globalisierung verursacht Umbrüche von historischer Dimension und enormer Dynamik. Sie verändert die Welt in großem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Die Globalisierung wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen beeinflusst, von großen Banken, Investmentfonds, transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzer*innen. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Gemäß dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme angeblich am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Die 500-jährige Vorherrschaft des Westens neigt sich ihrem möglichen Ende zu. Länder wie Russland, China oder Indien haben sich zu kapitalistischen Großmächten gewandelt. Während die Globalisierung bis in die 1990er Jahre von den kapitalistischen Staaten des Westens und ihren Konzernen dominiert wurde, leben wir heute in einer sehr viel differenzierteren multipolaren Welt. Das schafft neue Konfliktfelder. Militärinterventionen nehmen zu und die Gefahr weltweiter Kriege wächst. Hungerkatastrophen in Afrika, immer mehr Menschen auf der Flucht, irreparable Umweltschäden zeigen: Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht erfüllt.

Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in den Ländern des Südens.

Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und Hunderttausende verlieren ihren Arbeitsplatz

Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu.

Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung werden zur Ware.

Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialabbau in Form von unter- und unbezahlter, flexibler Arbeit hat insbesondere die Situation von Frauen, Migrant*innen und deren Kindern verschlechtert. Dies führt zu wachsenden Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Geschlechter und zu neuen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft.

Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren. Große Konzerne nehmen über Lobbyverbände massiv Einfluss auf die Gesetzgebung und versuchen in der Handelspolitik ihre Regeln durchzusetzen.

Obwohl die Finanzmarktindustrie 2008 die Welt in eine Wirtschaftskrise gestürzt hat, ist die Macht von Banken, großen Fonds und Ratingagenturen ungebrochen. Durch organisierte und

staatlich geduldete Steuerkriminalität gehen den Gemeinwesen jährlich Hunderte Milliarden Euro verloren.

Die Digitalisierung wird zu einem Abbau von Arbeitsplätzen und zum Ausschluss von noch mehr Menschen aus der Erwerbsarbeit führen, wenn sie dem Markt überlassen und nicht gesellschaftlich gesteuert wird.

Die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Markt- und Konkurrenzlogik zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen und führt zum Klimakollaps.

Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeebnet. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.

Die Konzentration im Bereich der Medien und der internetbasierten Kommunikationsformen stellt eine ernstzunehmende Gefahr für Demokratie und Meinungsvielfalt dar.

Hegemoniale Interessen wie die Sicherung von Rohstoffquellen heizen die Rüstungsspirale an, führen zu kriegesischen Auseinandersetzungen und bringen uns an den Rand eines neuen Weltkrieges.

Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer*innen und nur wenige Gewinner*innen hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Weltweit wachsende soziale Spaltung, Klimawandel, Naturzerstörung und Kriege zwingen Millionen Menschen in die Flucht.

Die Individualisierung stellt einerseits einen Zugewinn an Handlungsoptionen und Freiheiten für die Einzelnen dar, sie führt aber auf der anderen Seite zu einer Überforderung derjenigen, die nicht über die nötigen materiellen, sozialen oder kulturellen Ressourcen verfügen und schließt sie von der gesellschaftlichen Teilhabe aus. Die dadurch geschaffenen sozialen Verwerfungen sind Nährboden für einen im beängstigenden Ausmaß um sich greifenden Rechtspopulismus, Rassismus und Wunsch nach autoritären Lösungen.

Unsere heutige Wirtschaftsweise ist auf permanentes Wachstum angewiesen. Endloses Wirtschaftswachstum ist auf einem endlichen Planeten aber nicht möglich. Die Klimakrise und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen setzen dem Wachstum äußere Grenzen. Ökonomisch erzeugt der Wachstumszwang immer neue Blasen fiktiven Kapital und damit die Voraussetzung für kommende Krisen.

Die neoliberale Globalisierung ist aber keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist die Konsequenz der herrschenden Wirtschaftsweise und wird von den Regierungen der großen Industrieländer mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch nach außen bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Wir brauchen eine andere Politik.

Es gibt wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung in allen Teilen der Welt.

Wir wollen eine Welt, in der Menschenrechte und Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist, kulturelle Vielfalt erhalten bleibt und Naturzerstörung und globale Armut solidarisch überwunden wird. Unsere Bewegung streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.

Attac engagiert sich gegen Rassismus und ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung. Denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Wir sind uns bewusst, dass eine solche sozial-ökologische Transformation ein längerer Prozess ist, in dem schrittweise eine Demokratisierung aller Lebensbereiche durchgesetzt werden muss. Unsere Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Wir brauchen einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln. Attac ist im Rahmen des europäischen Attac-Netzwerkes (EAN) Teil einer weltweiten Bewegung, die sich in den Weltsozialforen in Porto Alegre, Tunis, Montreal und an anderen Orten formiert hat und sich weiter entwickelt. Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.

Attac setzt sich ein für:

- die Schließung der Steueroasen und eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Dazu gehören das Verbot von Derivaten und hochspekulativer Fonds sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer, um Steuerflucht und Steuerdumping zu unterbinden sowie die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung und der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Schuldenanpassungsverfahren.
- eine solidarische und naturverträgliche Welthandelsordnung, in der Handel ein Mittel ist, um demokratisch legitimierte gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen und die den Interessen der ärmeren Länder, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt
- internationale Institutionen wie die UNO und ihre Unterorganisationen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland sowie Rüstungsexporte lehnen wir ab.
- ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung.
- eine soziale Absicherung, die allen Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit ein gutes Leben ermöglicht. Dazu gehören Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Wir wenden uns gegen Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Gentechnisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- eine Energie- und Verkehrswende, die Teilhabe und Naturverträglichkeit sichert
- eine Willkommenskultur für Geflüchtete bei konsequenter Bekämpfung von Fluchtursachen. Attac steht für weltanschauliche Vielfalt - für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es bei uns daher keinen Platz.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!

Beschlossen am 26.5.2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M. Ergänzt am 29.10.2006 auf dem Ratschlag in Frankfurt/M
Aktualisiert auf dem Ratschlag